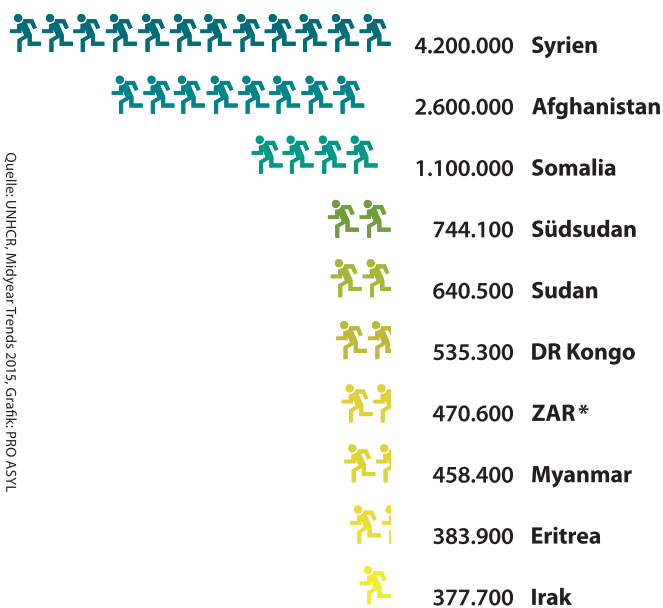


# ZAHLEN UND FAKTEN 2015

2015 war eine außergewöhnliche Situation für Deutschland: Mehr Menschen als je zuvor suchten Asyl in Deutschland, die weitaus meisten aus Kriegs- und Krisengebieten, vor allem aus Syrien. Innerhalb Europas übernahm Deutschland besondere Verantwortung.

**Dirk Morlok, Andrea Kothen**

## Woher kommen die meisten Flüchtlinge? Hauptherkunftsländer weltweit



Quelle: UNHCR, Midyear Trends 2015, Grafik: PRO ASYL

\* Zentralafrik. Republik

**R**und 60 Millionen Flüchtlinge zählt UNHCR derzeit weltweit, Tendenz steigend. Allein in der ersten Jahreshälfte 2015 sind über fünf Millionen Menschen neu aus ihrer Heimat vertrieben worden.

Davon kamen, wie das seit vielen Jahren durchweg der Fall ist, die allermeisten nicht über die Grenzen ihres Herkunftslandes hinaus. Für den Zeitraum Januar bis Juni 2015 weist der UNHCR Midyear Report rund 4,2 Mio. neue Inlandsvertriebene und 840.000 ins Ausland geflohene Menschen aus. Die Statistiken über die globalen Fluchtbewegungen in der zweiten Jahreshälfte sind zum Redaktionsschluss noch nicht veröffentlicht. Die Fortdauer des Kriegs in Syrien, aber auch andernorts, z.B. im Jemen, weisen auf einen weiteren Anstieg hin.

In den Nachbarstaaten Syriens stieg die Zahl der registrierten Flüchtlinge binnen sechs Monaten um über 600.000 auf 4,6 Mio. im Dezember 2015 an. Hinzu kommen nach Angaben des UN-Koordinators für humanitäre Angelegenheiten (OCHA) rund 6,6 Mio. Inlandsvertriebene, wovon allein 1,3 Mio. im Verlauf des vergangenen Jahres geflohen sind.

Die Lage in der Region hat sich 2015 – auch aufgrund mangelnder internationaler Hilfe – dramatisch verschlechtert. Das veranlasste so viele Menschen wie nie, den gefährlichen Weg nach Europa zu wagen. Insgesamt sind nach UNHCR-Angaben 1.008.616 Menschen über das Mittelmeer nach Europa gelangt. 3.771 Männer, Frauen und Kinder fanden dabei den Tod oder werden vermisst.

## Wie viele Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland?

Ankommende Asylsuchende werden hierzulande zunächst im so genannten EASY-System registriert: 1,1 Millionen solcher Registrierungen gab es 2015. Aufgrund der mangelnden Kapazitäten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) konnten aber »nur« 442.000 Menschen einen Asylantrag stellen, alle anderen wurden auf die Wartebank gesetzt. Wie viele Menschen das betraf, ist nicht klar.

Denn die Zahl von 1,1 Mio Easy-Registrierten ist sehr zweifelhaft, es gibt eine unbekannt Zahl an Doppel- und Fehlregistrierungen. Etwa 13 % der Easy-registrierten Asylsuchenden kamen laut Auskunft der Bundesregierung (BT-Drs. 18/7625) nicht in der ihnen zugewiesenen Erstaufnahmeeinrichtung an. Man darf annehmen, dass sie anderswo, etwa aufgrund von Abweichungen in der Schreibweise des Namens, als »neu« registriert

# 1.008.616

Menschen sind 2015 über den Seeweg nach Europa geflohen, **3.771**

sind dabei gestorben oder werden vermisst.

wurden – oder in ein anderes EU-Land weitergewandert sind. Tatsächlich wollen nicht »alle« zu uns – sie wollen in die Staaten, in denen Angehörige leben. Gemäß den EU-Regeln gestatten die deutschen Behörden prinzipiell keine Weiterreise. Gleichwohl war Deutschland für viele nicht Ziel- sondern Transitland.

In Schweden wurden laut Eurostat 2015 rund 156.000 neue Asylanträge registriert, in Finnland 32.000, in Norwegen 30.000, in Dänemark 21.000. Dort war, wie auch in westeuropäischen Staaten wie Belgien (39.000) oder den Niederlanden (43.000) ab August ein signifikanter Anstieg zu verzeichnen. Es muss davon ausgegangen werden, dass ein großer Teil der Asylsuchenden, sogar derjenigen in Frankreich (71.000), zuvor bereits in Deutschland registriert wurde.

Die tatsächliche Zahl derer, die 2015 in Deutschland Asyl suchten, dürfte weit unterhalb einer Million liegen. Genauer kann man vermutlich erst im Laufe des Jahres 2016 einigermaßen sicher sagen.

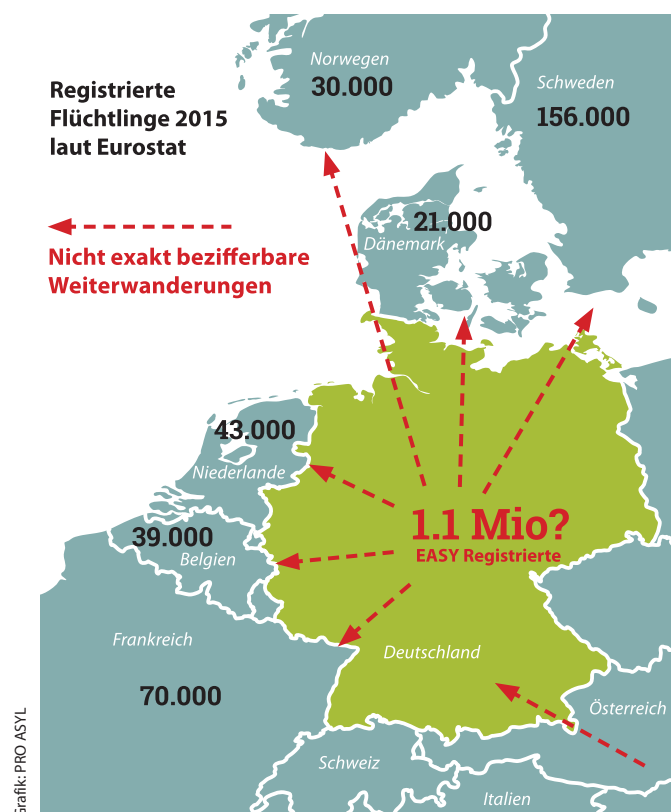
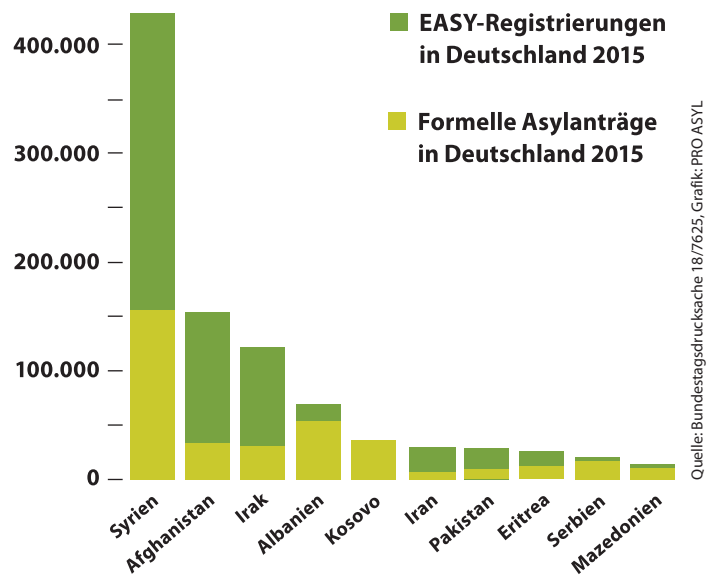
## Asylanträge: Zahlen nur bedingt aussagekräftig

Viele Schutzsuchende hatten 2015 in Deutschland aufgrund der Überforderung des BAMF keine Möglichkeit, ihren Asylantrag zeitnah zu stellen.

Die Statistik des Bundesamtes weist also lediglich die Asylanträge aus, die die Behörde entgegen genommen hat: Das waren bis Ende 2015 rund 442.000 Erstanträge. Dies ist freilich die höchste Antragszahl in der Geschichte der Bundesrepublik. Sie beträgt mehr als das Zweieinhalbfache der registrierten Asylanträge des Vorjahrs. Hinzu kommen rund 35.000 Folgeanträge.

## Über 70 % im Schnellverfahren

Mit 283.000 Entscheidungen hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2015 die Zahl der bearbeiteten Verfahren gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Bestimmte Länder wurden dabei bevorzugt (»priorisiert«) bearbeitet: Syrien, Irak, Eritrea und die Balkanstaaten – sie machen insgesamt fast 84 Prozent aller Asylentscheidungen aus, dabei wurde oft per Schnellverfahren entschieden. Allein 37 Prozent der Entscheidungen betrafen syrische Asylsuchende, die meist nur schriftlich angehört wurden und fast immer einen Schutzstatus erhielten. Auch die Verfahren von Minderheiten aus dem Irak wie auch eritreische Flüchtlinge wurden teilweise im Schriftverfahren abgewickelt.



Ende 2015 warteten rund

**90.000 Menschen**  
seit mehr als  
**12 Monaten**  
auf ihren Asylbescheid.

Hunderttausende konnten noch gar keinen Antrag stellen.

Daneben wurden Asylanträge aus Staaten des Westbalkan priorisiert bearbeitet, die mittlerweile alle zu »sicheren Herkunftsländern« erklärt und somit im kurzen Prozess negativ entschieden wurden. Über 96.000 Entscheidungen betrafen die vier Staaten Albanien, Kosovo, Serbien und Mazedonien.

Vor allem auf Druck des Innenministeriums sollte ab Anfang 2016 wieder auf Einzelfallprüfungen für Syrien, Irak und Eritrea umgestellt werden. Dies dürfte die kurzzeitig immerhin etwas beschleunigte Bearbeitung der Asylanträge empfindlich ausbremsen. Dabei ist schon jetzt der Rückstau unerledigter Verfahren immens.

### Quälende Wartezeiten

Die Asylverfahrensdauer für die Flüchtlinge, die 2015 ihren Bescheid erhielten, war beträchtlich: Im Durchschnitt dauerte es 5,2 Monate von der Asylantragstellung bis zur BAMF-Entscheidung.

Durch die bevorzugte Bearbeitung einiger Herkunftsländer fiel die Zeit von Antragstellung bis zum BAMF-Bescheid für die einzelnen Gruppen sehr unterschiedlich aus: Für Flüchtlinge aus Syrien dauerte das formelle Asylverfahren durchschnittlich 3,2 Monate, Kosovo-Flüchtlinge wurden binnen 3,1 Monaten im Schnellverfahren abgelehnt. Flüchtlinge aus Eritrea hingegen warteten ganze 13,3 Monate, diejenigen aus Afghanistan sogar 14 Monate auf den Bescheid.

Wohlgemerkt: Diese Zahlen gelten nur für solche (Alt-)Fälle, die 2015 vom BAMF entschieden wurden. Ende des Jahres warteten rund 90.000 Antragsteller\*innen bereits seit mehr als 12 Monaten auf ihren Asylbescheid. Insgesamt 365.000 Verfahren sind Ende 2015 noch anhängig. Allein ihr Abbau würde bei derzeitiger Arbeitsgeschwindigkeit des BAMF über sieben Monate dauern.

Diejenigen Flüchtlinge, die ab Sommer 2015 hinzukamen, warteten (und warten) häufig wochen-, nicht selten monatelang auf einen Termin, um überhaupt einen formellen Asylantrag stellen zu dürfen. Wie lange sich ihr Verfahren noch hinziehen wird, ist derzeit noch gar nicht abzusehen. Diese Flüchtlinge – darunter sehr viele, die mit großer Wahrscheinlichkeit in Deutschland bleiben dürfen – werden nicht nur Monate, sondern Jahre im Wartestand verbringen.

Eine Lösung des Problems könnte in einer Altfallregelung liegen: Der Erteilung eines Aufenthaltsrechts für alle Asylsuchenden, deren Aufenthalt in Deutschland ein Jahr übersteigt.

#### Durchschnittliche Dauer der Asylverfahren 2015

Kosovo  
**3,1 Monate**

Syrien  
**3,2 Monate**

Eritrea  
**13,3 Monate**

Afghanistan  
**14,0 Monate**



Hier dargestellt sind Durchschnittswerte.  
Für bestimmte Flüchtlinge dauerten die Verfahren erheblich länger.

## Die meisten erhalten Asyl

Die Schutzquote lag 2015 bei rund 50 Prozent, das heißt, jede/r Zweite erhielt Schutz im Asylverfahren. Bereinigt – also ohne Verfahren, die inhaltlich nicht geprüft werden – liegt die Quote bei knapp 61 Prozent. Das heißt, der Großteil der Betroffenen hat bereits aus behördlicher Sicht gute Asylgründe.

Nach der Einstufung der Balkanstaaten als angeblich »sichere« Herkunftsländer haben Flüchtlinge von dort so gut wie keine Chance auf Anerkennung: Die Schutzquoten liegen bei unter 0,5 Prozent. Für die Hauptherkunftsländer sind die Werte umso höher: Die drei Herkunftsländer Syrien, Irak und Eritrea haben eine nahezu hundertprozentige Schutzquote, Iran – Nr. 6 der Easy-Registrierungen 2015 – über 85 Prozent.

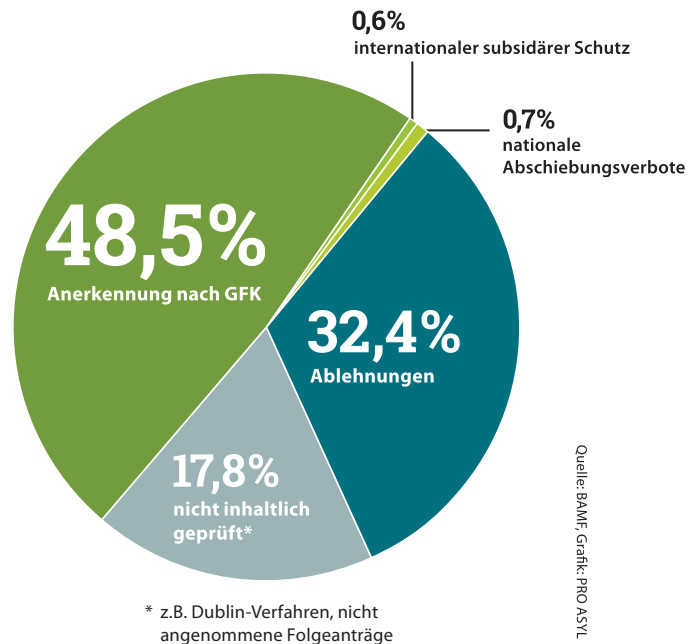
Auch Afghanistan hat mit 77 Prozent eine sehr hohe Schutzquote. Nicht nur vor diesem Hintergrund bleibt die Politik der angedrohten Rückkehr nach Afghanistan völlig inakzeptabel. Unverständlich ist auch, dass afghanische Flüchtlinge nicht als solche mit hoher Bleibeperspektive eingestuft werden und daher für sie – im Unterschied zu Flüchtlingen aus Syrien, Eritrea, Irak und Iran, keine Deutschkurse während des laufenden Asylverfahrens vorgesehen sind.

## Dublinverfahren: sinnlose Bürokratie

Zeitaufwändig und meist ergebnislos sind die Dublin-Verfahren, mit denen versucht wird, die Zuständigkeit für Flüchtlinge an andere europäische Staaten abzugeben. Nach der Dublin-Verordnung ist in der Regel derjenige Staat für einen Flüchtling zuständig, in dem der Flüchtling erstmals europäischen Boden betritt.

2015 stellte das BAMF für jeden zehnten Asylbewerber die Anfrage an einen anderen EU-Staat, diesen zurückzunehmen. Von diesen fast 45.000 Übernahmesuchen konnten lediglich knapp 3.600 vollzogen werden. Umgekehrt schickten andere EU-Staaten gut 3.000 Asylsuchende zuständigkeitshalber in die Bundesrepublik. Unter dem Strich bedeutet dieses Hin und Her für Deutschland eine Reduzierung der Asylsuchendenzahl um weniger als 600. Bei rund 442.000 Asylanträgen und 45.000 Dublin-Versuchen zeigt diese Zahl deutlich das Scheitern des Dublinsystems und seinen bürokratischen Irrsinn. Die Zeit der BAMF-Beschäftigten sollte lieber in faire und zügige Asylverfahren investiert werden. ■

## Entscheidungen des Bundesamtes (BAMF) 2015 über 282.726 Asylanträge



## Dublin-Bürokratie 2015

